Pressemitteilung

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

10.05.2023

LSVD veröffentlicht Regenbogencheck zur Landtagswahl in Bremen

Auswertung der LSVD-Wahlprüfsteine liegt vor

Hannover/Bremen. 10. Mai 2023. Im Vorfeld der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 14. Mai 2023 hat der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Niedersachsen-Bremen Wahlprüfsteine an die Parteien verschickt. Der LSVD hat mit seinen Wahlprüfsteinen zu 10 Themenfeldern die Positionen und das Engagement der Parteien zu LSBTIQ-Themen in der kommenden Legislaturperiode abgefragt. Die Antworten und ihre Bewertung liegen nun vor. Dazu erklärt* ***Marco Neumann, Vorsitzender des LSVD Niedersachsen-Bremen:***

Wir freuen uns, dass gleich drei Parteien unsere Forderungen für ein vielfältiges und respektvolles Miteinander in Bremen erfüllen wollen. Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke und auch die SPD haben eindeutig die Nase vorn. Alle demokratischen Parteien wollen den „Aktionsplan gegen Homo-, Trans*- und Interphobie für das Land Bremen“ weiterentwickeln und ausfinanzieren. Auch bei der Bekämpfung LSBTIQ*-feindlicher Hassgewalt im Land sind sich die befragten Parteien einig und wollen prüfen, wie sie die kommenden Maßnahmen des „AK Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ umsetzen können. Die Innenministerkonferenz hatte im Dezember 2021 das Bundesinnenministerium gebeten, eine unabhängige Fachkommission einzuberufen. Im September 2022 tagte der Arbeitskreis das erste Mal. Für die Frühjahrskonferenz der Innenminister sind erste Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten angekündigt.

Für die Stärkung von Regenbogenfamilien wollen sich besonders SPD, Linke und Volt einsetzen und Beratungsstrukturen fördern. Die Grünen sind angetan vom Regenbogenfamilienzentrum in Berlin und wollen prüfen, wie auch in Bremen eine solche Infrastruktur geschaffen werden kann. Die Reform des Familien- und Abstammungsrechts wollen alle befragten Parteien im Bundesrat unterstützen.

Hier geht es zur Auswertung der Wahlprüfsteine und zu den Antworten der Parteien [https://nds-bremen.lsvd.de/buergerschaftswahl-bremen-2023/]

Um Diskriminierung in Schule und Unterricht entgegenzuwirken wollen die Grünen eine Beschwerdestelle für Schüler*innen und Eltern schaffen. Die SPD möchte Unterrichtsmaterialien und Bildungspläne laufend überprüfen, ob sie stereotype oder gar abwertende Bilder und Bezeichnungen hinsichtlich Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung vermitteln und entsprechend aktualisieren.

Die Linke, Volt und die Grünen möchten sich dafür einsetzen, dass es auch in Bremen nach dem Vorbild von Berlin ein Landesantidiskriminierungsgesetz zum Schutz vor Diskriminierung gibt. Die CDU und die FDP lehnen dieses Vorhaben ab. Die Forderung LSBTIQ* ins Grundgesetz aufzunehmen unterstützen alle Parteien außer die CDU. Gleiches gilt für die Unterstützung der geschlechtlichen Selbstbestimmung von trans*, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen durch das Selbstbestimmungsgesetz, zudem gestern ein Referent*innen-Entwurf vorgestellt wurde. Auch hier schrieb die CDU, dass der Partei die Pläne der Ampel-Koalition zu weit gehen würden.

Pressemitteilung

Wollen Sie noch mehr erfahren? Dann werfen Sie einen Blick in die Wahlprüfsteine des LSVD Niedersachsen-Bremen. Hier finden Sie die Wahlprüfsteine mit den kompletten Fragen und die Antworten der Parteien [https://nds-bremen.lsvd.de/buergerschaftswahl-bremen-2023/]

Pressekontakt

Marco Neumann
Vorsitzender des LSVD Niedersachsen-Bremen
nds-bremen@lsvd.de

René Mertens
Bund-Länder-Koordination
LSVD Bundesverband

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).
Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.